



Nr. 1 / 1. März 2022

Der Flüchtlingsbeauftragte zum Angriff Putins auf die Ukraine

Stefan Schmidt lobt die große Hilfsbereitschaft schleswig-holsteinischer Kommunen und Privatpersonen für ukrainische Geflüchtete sowie das unbürokratische Verfahren der Landesregierung. Ukrainische und russische Communities sowie die Zivilbevölkerung in Schleswig-Holstein ruft er auf, angesichts der Invasion in der Ukraine den Frieden zu wahren und sich auf die Werte des friedlichen Zusammenlebens zu besinnen.

Der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen ist entsetzt über den Angriff Russlands auf die Ukraine. Er begrüßt, dass denjenigen Ukrainer*innen, die sich im Land aufhalten, unbürokratisch die Möglichkeit eingeräumt wird, vorläufig zu bleiben, ohne sich sofort ins Asylverfahren begeben zu müssen. Dass ihnen Arbeit sowie Sozial- und Gesundheitsleistungen schnell zugänglich gemacht werden sollen, sind Merkmale eines entschiedenen Aufnahmewunschs. „Die Solidarität, die Individuen und staatliche Einrichtungen auch bei uns im Land zeigen, empfinde ich als beispiellos. Bei allem bereits erlebten Engagement von Ehren- und Hauptamtlichen scheint unsere Gesellschaft momentan über sich hinauszuwachsen“, sagt Stefan Schmidt. Auch im Büro des Zuwanderungsbeauftragten sind Anfragen von Schleswig-Holsteiner*innen angekommen, die privat ukrainische Geflüchtete aufnehmen möchten.

„Leider erreichen uns aktuell auch einzelne besorgte Stimmen, die fürchten, dass Aggressionen bei uns fortgeführt werden könnten“, so Schmidt. Er appelliert deshalb an Russ*innen und Ukrainer*innen, die in Schleswig-Holstein leben, an die schleswig-holsteinischen Familien der Menschen, die durch den Angriffskrieg betroffen sind, und an die schleswig-holsteinische Gesellschaft insgesamt, sich weiter für das friedliche Zusammenleben im Land einzusetzen.

„Insoweit es mir obliegt, die gesellschaftliche Integration von Zugewanderten in Schleswig-Holstein zu fördern, rufe ich dazu auf, alles dafür zu tun, dass der Angriff auf die Ukraine nicht als Konflikt in unseren Communities weitergeführt wird“, sagt Stefan Schmidt.